

16. März 2012

MAT A

S-2/1

zu A-Drs.: 39

Prof. Dr. Richard Stöss (i.R.)

Berlin, den 15. März 2012

**Sachverständigengutachten
für den 2. Untersuchungsausschuss der 17. Wahlperiode
des Deutschen Bundestags zum Thema**

**"Überblick zum Phänomenbereich Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
im Untersuchungszeitraum (01.01.1992 bis 08.11.2011) und zu den Ansätzen,
ihn in den Bereichen Repression, Prävention und Sensibilisierung wirksam zu bekämpfen"
(Beweisbeschluss S2)**

1. Welche gemeinsamen Merkmale liegen der Zuordnung von Organisationen, Aktionen und Haltungen zum Rechtsextremismus zugrunde?

- 1.1 Ideologie, Feindbilder und politische Ziele

Der Begriff Rechtsextremismus ist in den Sozialwissenschaften umstritten. Es existiert keine allgemein anerkannte Definition und schon gar keine Theorie des Rechtsextremismus. Rechtsextremismus folgt auch keiner konsistenten Ideologie. Wir haben es vielmehr mit einem im Detail heterogenen Gemisch unterschiedlicher Sichtweisen, Feindbilder und Zielstellungen zu tun.

Beim Rechtsextremismus handelt es sich im Kern um völkischen Nationalismus im Denken und Handeln. Die völkische Komponente zielt auf die Herstellung, Bewahrung oder Stärkung einer - angeblich der natürlichen Ordnung entsprechenden - ethnisch homogenen (auch "reinrassigen") Volksgemeinschaft. Während die ethnopluralistische Variante von einer prinzipiellen Gleichwertigkeit der Völker ausgeht, gilt in der rassistischen Variante die eigene Ethnie im Vergleich zu anderen Völkern als höherwertig und überlegen. Beide Varianten lehnen die "Vermischung" von unterschiedlichen Ethnien strikt ab, diskriminieren "fremdvölkische" Menschen und fordern ihre Ausweisung bzw. die "Rückführung" in ihre Herkunftsländer.

Bei der nationalistischen Komponente geht es um die Herstellung, Bewahrung oder Stärkung des autonomen Nationalstaats. Darin besteht ihr vorrangiges Ziel, dem sich alle anderen politischen Werte und Ziele unterzuordnen haben. Außenpolitisch bedeutet völkischer Nationalismus Großmachtsstreben und eine feindselige Haltung gegenüber anderen Staaten und Völkern. Primäres Anliegen des deutschen Rechtsextremismus ist dabei die Vollendung der deutschen Einheit durch Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete oder sogar die Wiederherstellung des Deutschen Reichs in den Grenzen von 1937 (oder von 1939). Innenpolitisch bedeutet völkischer Nationalismus die hierarchisch strukturierte und auf eine Zentralinstanz (auf den Staat oder auch auf einen "Führer") ausgerichtete Volksgemeinschaft. In der Vorstellung vieler Neonazis verschmelzen dabei Volk und Führer zum Reich.

Völkischer Nationalismus ist mithin exklusiver, den Deutschen vorbehaltener Nationalismus. Er negiert die universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte und richtet sich gegen parlamentarisch-pluralistische Systeme, die auf der Volkssouveränität und dem Mehrheitsprinzip beruhen. Dabei ist zwischen totalitären und autoritären Herrschaftsformen zu unterscheiden: Erstere stützen sich auf eine – ihrem Anspruch nach alle gesellschaftlichen Bereiche umfassend integrierende – Einheitspartei und betreiben die Gleichschaltung aller intermediären Organisationen. Letztere tolerieren zwar Parteien, Verbände und Parlamente, räumen ihnen jedoch gegenüber einer fast unumschränkt herrschenden Exekutive kaum wirkliche Kontroll- und Mitspracherechte ein.

Rechtsextremismus strebt nach politischer Macht, um die bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung im Sinne des völkischen Nationalismus umzugestalten. Der Machtanspruch wird mit damit gerechtfertigt, dass die Existenz Deutschlands, der Deutschen oder des "Deutschtums" durch innere und äußere Feinde unmittelbar und nachhaltig gefährdet sei. Vermeintliche oder tatsächliche Bedrohungen werden einseitig interpretiert, überhöht und dramatisch dargestellt. Das Wesen der rechtsextremen Propaganda besteht darin, Ängste zu schüren und Untergangs- oder Endzeitstimmungen zu erzeugen. Selbstverständlich kann der Rechtsextremismus Bedrohungen und Gefahren nicht frei erfinden, er muss an bestehende Ängste anknüpfen, sie dann aber durch Wirklichkeitsverzerrung so weit verstärken, dass der Ruf nach einer völkisch-nationalistischen Lösung der Probleme immer lauter wird. Der Rechtsextremismus begründet seinen Machtanspruch weiterhin dadurch, dass er die Legitimation des bestehenden Systems bestreitet. Er zielt auf die Delegitimierung vor allem der politischen Ordnung, indem er ihre Werte, Verfassung, Strukturen, Institutionen und Führungsgruppen systematisch abwertet und verächtlich macht. Daran knüpft er die Erwartung, dass in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einem starken, gegenüber seinen inneren und äußeren Feinden unnachgiebigen Staat und nach einer omnipotenten Führung wächst, die alle "undeutschen" bzw. "antideutschen" Umtriebe schonungslos bekämpft.

Um seine politischen Ziele durchzusetzen, ist der Rechtsextremismus auf Unterstützung durch die Bevölkerung angewiesen. Die Mobilisierung von Anhängern, Mitgliedern und Aktivisten macht angesichts der knappen personellen und finanziellen Ressourcen eine Konzentration der Kräfte durch Bündnis- bzw. Sammlungspolitik und eine **Konzentration der Aktivitäten auf einzelne Kampagnen** erforderlich. Gemeinsam ist allen Kampagnen die Thematisierung der nationalen Frage in territorialer, ethnischer, außenpolitischer oder wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht. Im Untersuchungszeitraum wurden hauptsächlich drei Kampagnen gefahren:

- Die **Überfremdungskampagne**: Nach Auffassung des Rechtsextremismus geht von der Immigration die größte Gefahr für Volk, Rasse und Nation aus. Der Kampf gegen multikulturelle

Gesellschaften zielt darauf ab, fundamentale Ängste davor zu erzeugen oder zu verstärken, dass die Mehrheitsgesellschaft Opfer von Verfechtern einer unbegrenzten Einwanderung wird und damit ihre Identität verliert. Immigration wird zu einer universellen Bedrohung dramatisiert, die angeblich für alle bestehenden wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Probleme verantwortlich ist. Die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme besteht nach dieser Lesart darin, die Einwanderung zu stoppen, die Einwanderer "zurückzuführen" und damit den (angeblichen) Status quo ante einer ethnisch homogenen Gesellschaft wieder herzustellen.

- Die **Antiglobalisierungskampagne**: Die Überfremdungskampagne wurde seit Mitte der neunziger Jahre schrittweise zu einer Kampagne gegen die Globalisierung erweitert. Denn die ökonomisch-sozialen und politisch-kulturellen Entwicklungen, die sich hinter dem Stichwort "Globalisierung" verbergen, bieten optimale Anknüpfungspunkte für die rechtsextreme Ideologie. Das Bedürfnis nach Schutz vor vermeintlichen oder tatsächlichen äußeren und inneren Bedrohungen, wie Abhängigkeit vom Weltmarkt, Immigration, Sozialmissbrauch, Ausländerkriminalität etc., nimmt dramatisch zu und bildet einen guten Resonanzboden für nationalistische und völkische Angebote. Daher bieten sich dem Rechtsextremismus gute Chancen, den Globalisierungsverlierern den völkisch homogenen Nationalstaat als Gegengift gegen die "kapitalistisch-multikulturelle Gesellschaft" schmackhaft zu machen. Die Antiglobalisierungskampagne verbindet mithin nahtlos die nationalistische und die völkische Komponente des Rechtsextremismus mit der sich immer dringlicher stellenden sozialen Frage (Armut, Arbeitslosigkeit, Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen etc.) zu einem "nationalen Sizialismus". Es ist auch kein Zufall, dass diese kapitalismuskritische Kampagne vor allem in Ostdeutschland auf große Resonanz stößt. Denn dort verstärken sich die Vereinigungs- und die Globalisierungsfolgen gegenseitig. Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bietet dem Rechtsextremismus zudem einen willkommenen Anlass für die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungstheorien. Als vermeintlicher Drahtzieher dieser Krise wird das jüdische Großkapital vor allem in den USA ausgegeben (Codewörter z. B. "US-Ostküste", "internationale Hochfinanz", "zionistische Lobby"), das angeblich durch Destabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Weltherrschaft des Judentums anstrebt.
- Die **Antiislamkampagne**: Im Antiislamismus verbinden sich Elemente der Überfremdungskampagne und der Antiglobalisierungskampagne. Auslöser dürften die terroristischen Anschläge von islamistischen Fundamentalisten am 11. September 2001 in den USA gewesen sein. Seither entwickelt sich die Islamfeindschaft zu einer neuen Qualität des Rassismus, die weit über die Zielvorstellungen des Ethnopluralismus hinausreicht: Nun geht es nicht mehr nur um die Anerkennung von kulturellen Differenzen, um das "Grundrecht auf Verschiedenheit", sondern um Kulturkampf, um die Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen den vermeintlichen Ansturm der Muslime (antimuslimischer Rassismus). Die Protagonisten dieser Kampagne verbreiten Untergangs- und Endzeitstimmungen und berufen sich dabei sogar auf

demokratische Werte: Der Islam sei frauen- und schwulenfeindlich, autoritär und gewalttätig. Die neue Qualität besteht also darin, dass sich die Kampagne auf demokratische Werte beruft und vorgibt, für deren Einhaltung zu kämpfen. Dies dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass die Kampagne breite Resonanz in der Bevölkerung findet. Allenthalben werden Maßnahmen zur Abwehr des angeblich gegen die westliche Zivilisation gerichteten "islamischen Kreuzzugs" gefordert, die letztlich auf die Diskriminierung aller Mitglieder dieser Religionsgemeinschaft zielen, unabhängig von ihrer Integrationsbereitschaft und ihrem tatsächlichen Verhalten.

Die Themen früherer Kampagnen, insbesondere die Wiederherstellung des Deutschen Reichs und die Verharmlosung bzw. die Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus (Geschichtsrevisionismus), spielen derzeit in der alltäglichen rechtsextremen Propaganda zwar nur eine randständige Rolle, bilden aber nach wie vor wichtige Gegenstände von Programmen, Publikationen, Werbematerialien und Schulungen. Und sie finden ihren Niederschlag vor allem auch im rechtsextremen Liedgut.

Gemeinsam ist allen Kampagnen, dass die **Feindbilder** nicht nur als externe Bedrohung konstruiert werden (Ausländer, Juden, Israel, Muslime, Islam, US-amerikanischer bzw. russischer Imperialismus, internationales Finanzkapital). Die aktiv an der Vernichtung des "Deutschtums" beteiligten Helfershelfer werden verschwörungstheoretisch auch unter den Einheimischen ausgemacht und angeprangert ("Handlanger fremder Mächte"). Dabei handelt es sich vor allem um die angeblich unfähigen und korrupten Repräsentanten der demokratischen Institutionen der Bundesrepublik.

1.2 Aktions- und Handlungsformen

Zur Durchsetzung seiner grundsätzlich antidemokratischen Ziele stehen dem Rechtsextremismus idealtypisch **drei strategische Optionen** zur Verfügung, die sich auf die Ziele, die anzuwendenden politischen Mittel und auf die Auswahl der Bündnispartner beziehen:

- **Politische Opposition innerhalb des Systems:** Der Rechtsextremismus versucht mit hauptsächlich legalen Mitteln, seine Machtstellung auszubauen und politische Entscheidungen in seinem Sinne zu beeinflussen. Dabei werden nicht der demokratische Verfassungsstaat insgesamt sondern nur einige seiner Elemente abgelehnt. Kooperationspartner werden vor allem im Brückenbereich zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus gesucht. Um für diesen

Adressatenkreis hoffähig zu sein, findet eine (oft nur verbale) Abgrenzung gegenüber systemfeindlichen Kräften innerhalb des Rechtsextremismus statt.

- **Politische Opposition gegen das System:** Der Rechtsextremismus lehnt das bestehende System ab, will es "überwinden". Diese fundamentaloppositionelle Strategie befürwortet und bedient sich gegebenenfalls auch illegaler Praktiken, wie Gewalt und in Randbereichen auch Terror, um die Bevölkerung zu verunsichern und einzuschüchtern, um den Staat lächerlich zu machen und um das System zu schwächen. Bündnispolitisch versteht sich der systemfeindliche Rechtsextremismus zumeist als die einzig wahre "nationale Opposition" und weigert sich folglich, mit dem eher systemkonformen Rechtsextremismus und erst recht mit bürgerlich-demokratischen Kräften zusammenzuarbeiten. Bündnispolitik bedeutet hier im Wesentlichen Sammlungspolitik, also die Vereinigung aller systemfeindlichen Kräfte.
- **Kulturkampf von rechts:** Die intellektuellen Vordenker des Rechtsextremismus bemühen sich darum, die geistigen Grundlagen für einen Erfolg des systemkonformen bzw. systemfeindlichen Rechtsextremismus zu schaffen, indem sie die Ideologie, die langfristigen Ziele und die Wertvorstellungen des Rechtsextremismus zeitgemäß formulieren, auf bestehende Stimmungen zuschneiden und gegebenenfalls den veränderten Bedingungen anpassen. Sie schalten sich in die durch die Massenmedien vermittelten Diskurse der Gesellschaft ein, bringen dort ihre Ideologie und ihre Themen zur Geltung und bemühen sich um Meinungsführerschaft bzw. um ideologische Hegemonie.

In der Realität gelangen diese strategischen Optionen situativ bedingt in unterschiedlicher Intensität und Kombination und gegebenenfalls auch arbeitsteilig zum Einsatz. Als Beispiel dafür sei die NPD genannt, deren strategisches Repertoire aus vier Elementen besteht: "Kampf um die Straße", "Kampf um die Köpfe", "Kampf um die Parlamente" und "Kampf um den organisierten Willen" (damit ist die Herstellung von möglichst breiten Bündnissen gemeint). Diese Kampfarenen umfassen prinzipiell das gesamte strategische Spektrum (einschließlich der Errichtung einer demokratischen Fassade), wobei gewalttätige Aktivitäten zumeist von Suborganisationen (z.B. von den Jungen Nationaldemokraten) oder von Bündnispartnern bzw. Vorfeldorganisationen (z.B. von Kameradschaften) durchgeführt werden.

Ein Schwerpunkt der rechtsextremen Aktivitäten liegt im kommunalen Bereich. Dafür wird auch die Bezeichnung "**Raumergreifungsstrategie**" verwandt. Angestrebt wird die Einrichtung von Angstzonen, also von Örtlichkeiten, deren Nutzung rechtsextremen Gruppen vorbehalten ist, die auch den Zugang kontrollieren. Das Konzept der "(national) befreiten Zonen" will darüber hinaus die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der "nationale Widerstand" in diesen "Schutzräumen" jenseits des staatlichen Gewaltmonopols souverän agieren kann. Durch den Ankauf von Immobilien sollen "nationale Zentren" für Versammlungen und für Schulungs- und Freizeitaktivitäten geschaf-

fen werden. Weiterhin ist vorgesehen, dass sich Rechtsextremisten besonders auf der lokalen Ebene engagieren und bürgernahe Themen aufgreifen. Empfohlen werden die Mitarbeit in Vereinen, Verbänden und Initiativen sowie eine rege Beteiligung an der Kommunalpolitik. In diesem Zusammenhang ist auch die "**Wortergreifungsstrategie**" der NPD zu erwähnen, also der Besuch von öffentlichen Veranstaltungen, um die - im NPD-Jargon - "unfähigen Scheindemokraten" bloßzustellen und so Medienpräsenz zu erhalten.

Den Rechtsextremisten steht ein vielfältiges Repertoire von unterschiedlichen **Verhaltenweisen** zur Verfügung, die sich hinsichtlich des Grads der ideologischen Verfestigung, der Integration in rechtsextreme Kommunikations- und Organisationszusammenhänge und schließlich hinsichtlich des Grads der kriminellen Energie unterscheiden und mithin verschiedene **Eskalationsstufen** kennzeichnen. Hier seien nur die wichtigsten genannt:

- Zufällige Kontakte bzw. Gespräche von politisch rechtsgerichteten mit rechtsextrem eingestellten Personen; Interesse für historische Entwicklungen (Nationalsozialismus, Zweiter Weltkrieg, Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten etc.) und für rechtsextreme Positionen; Sympathien für Aktivitäten von Rechtsextremisten.
- Mitgliedschaft in rechtsextremen Cliquen bzw. Kleingruppen; Orientierung an Bezugspersonen.
- Teilnahme an rechtsextremen Veranstaltungen, Jugendlagern oder Konzerten, Besuch von Szenetreffpunkten.
- Wahl rechtsextremer Parteien.
- Gelegentliche aktive Unterstützung von rechtsextremen Gruppierungen oder Aktionen; Lektüre rechtsextremer Publikationen; Teilnahme an Schulungen, Demonstrationen, Propagandaaktivitäten oder Wahlkampfhilfen.
- Mitgliedschaft und kontinuierliche Mitarbeit in rechtsextremen Gruppen, Verbänden oder Parteien.
- Übernahme von Funktionen in rechtsextremen Gruppen, Verbänden, Parteien oder Netzwerken; lokale Vorfeldarbeit in Vereinen, Schulen, Beiräten etc. (v.a. Kinder- und Jugendarbeit), soziale oder pädagogische Beratung bzw. Betreuung; Kandidatur für eine rechtsextreme Partei.
- Teilnahme an gezielten Sachbeschädigungen oder massiven Veranstaltungsstörungen; Mitwirkung an kollektiver Gewalt gegen politische Gegner oder Polizeibeamte.
- Vorbereitung und Durchführung von terroristischen Aktivitäten.

Die vorsätzliche und gezielte Überschreitung der Grenzen der Legalität wurde im Bereich des organisierten Rechtsextremismus bislang aus zwei Gründen eher vermieden: Zum einen lehnt der überwiegende Teil selbst der rechtsextrem eingestellten Bevölkerung gewalttätiges Verhalten ab, und zum anderen gelten illegale Aktivitäten wegen des durch die Strafverfolgungsbehörden praktizierten Demokratieschutzes als besonders riskant.

1.3 Organisationsformen

Der außerordentlich vielfältige Phänomenbereich Rechtsextremismus besteht aus einem institutionalisierten, auf die Beeinflussung der politischen Willensbildung fokussierten und aus einem eher bewegungs- und protestförmig ausgerichteten, (sub-)kulturellen und im vorpolitischen Raum angesiedelten Sektor. Dem **subkulturellen Sektor** sind Skinheads und Hooligans, die Musikszene und sonstige "Freie Kräfte" zuzuordnen. Der **institutionalisierte Sektor** bestand im Untersuchungszeitraum vor allem aus folgenden Personenzusammenschlüssen:

- Parteien
- Neonazistische Aktionsgruppen, Kameradschaften und Netzwerke
- Jugendorganisationen
- Kulturorganisationen
- Selbsthilfeorganisationen
- Neuheidnische und sonstige Glaubensgemeinschaften
- Verlage, Vertriebe, Zeitungen und Zeitschriften
- Internetdienste und -foren.

Die rechtsextremen Subkulturen und Organisationen lassen sich nicht immer eindeutig den oben genannten drei strategischen Optionen zuordnen. Grosse modo ergibt sich folgendes Bild:

- Zu den eher *systemkonform operierenden Kräften* zählen die DVU und die Republikaner (bis 2005¹), die Kulturorganisationen, die Selbsthilfeorganisationen und die Glaubensgemeinschaften.
- Den eher *systemfeindlichen und gewaltbereiten Kräften* sind die Subkulturen, die NPD (seit 1997²), die neonazistischen Aktionsgruppen, Kameradschaften und Netzwerke sowie einige der Jugendorganisationen zuzurechnen.

1 Die Republikaner werden seit 2006 nicht mehr von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Auch aus sozialwissenschaftlicher Sicht erfüllen sie nicht mehr die oben genannten Kriterien des völkischen Nationalismus.

- Den *Kulturkampf von rechts* betreiben vor allem die Verlage, Vertriebe, Zeitungen und Zeitschriften, weiterhin zumeist auch die Kulturorganisationen sowie die Internetdienste und -foren.

Die Berliner Verfassungsschutzbehörde hat ein eigenes Modell für die Strukturanalyse des Phänomenbereichs Rechtsextremismus entwickelt, das auch für sozialwissenschaftliche Analysen hilfreich ist. Danach wird zwischen *parlamentsorientiertem*, *aktionsorientiertem* und *diskursorientiertem* Rechtsextremismus unterschieden.

1.4 Welche wichtigen Wandlungen und Entwicklungen des Rechtsextremismus sind für den Untersuchungszeitraum hervorzuheben?

Folgende Entwicklungstendenzen sind im Untersuchungsraum hervorzuheben:

- **Dramatischer Rückgang des Personenpotenzials³:** Das rechtsextreme Personenpotenzial hat sich seit 1993 bundesweit um über 60 Prozent verringert. Wurden 1993 auf dem Höhepunkt der Entwicklung 64.500 Rechtsextremisten gezählt, so waren es 2010 noch 25.000. Die Verluste gingen vor allem zu Lasten der Republikaner⁴ und der DVU⁵, die in diesem Zeitraum zusammen 40.000 Mitglieder einbüßten. Dagegen legte die NPD leicht⁶, die sonstigen rechtsextremen Organisationen⁷ (vor allem Neonazis) und die Subkulturen⁸ deutlich zu.
- **Gewichtsverschiebung von West nach Ost:** Der Anteil der Rechtsextremisten in den fünf neuen Bundesländern am Gesamtpotenzial der Bundesrepublik ist von 14 Prozent (1993) auf 31 Prozent (2010) gestiegen. Da derzeit 16 Prozent aller Einwohner der Bundesrepublik in den fünf neuen Bundesländern leben, war dort die Belastung mit Rechtsextremisten zunächst unterdurchschnittlich, ab 1998 dann überdurchschnittlich. Auch die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien DVU, NPD und REP bei Bundestags- und Europawahlen fielen bis 1994 in Westdeutschland besser aus als in Ostdeutschland. Erst seit der Bundestagswahl 1998 erzielen die Rechtsextremisten bei nationalen Wahlen in Ostdeutschland bessere Resultate als im Westen. Einige Umfrageergebnisse geben Anlass zu der Vermutung, dass auch

2 Seit der Fusion mit der DVU im November 2010 lautet der Name der Partei "NPD - Die Volksunion".

3 Die Zahlenangaben sind den Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder entnommen. Sie bilden die Grundlage für eigene Berechnungen des Verfassers.

4 1993: 23.000 Mitglieder; 2006: 6.000 Mitglieder.

5 1993: 26.000 Mitglieder; 2010: 3.000 Mitglieder.

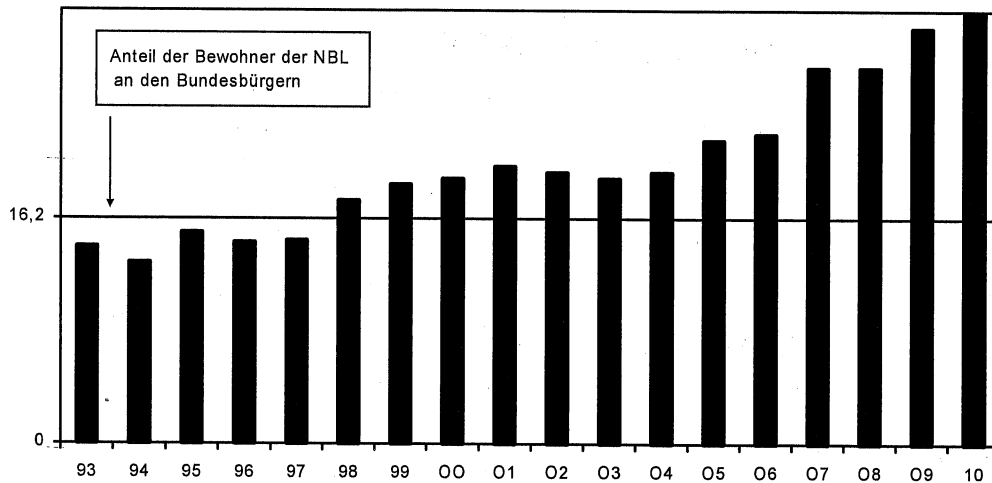
6 1993: 5.000 Mitglieder; 2010: 6.600 Mitglieder.

7 1993: 4.900 Mitglieder; 2010: 7.100 Mitglieder.

8 1993: 5.600 Mitglieder; 2010: 8.300 Mitglieder. 2006 wurden sogar 10.400 Mitglieder gezählt.

rechtsextreme Einstellungen⁹ bis Mitte/Ende der neunziger Jahre in Westdeutschland stärker verbreitet waren als in Ostdeutschland.

Anteil der Rechtsextremisten in den fünf neuen Bundesländern (NBL) an den Rechtsextremisten in Deutschland insgesamt 1993-2010 (%)



Datenquelle: Verfassungsschutzberichte; ab 2007 ohne REP; NBL ohne Berlin-Ost. Eigene Berechnungen.

Lesebeispiel: Der Anteil der Rechtsextremisten in den fünf neuen Bundesländern an den Rechtsextremisten in Deutschland insgesamt betrug 1993 14,2 Prozent und war damit in Bezug auf den Bevölkerungsanteil der fünf Länder insgesamt (16,2%) unterdurchschnittlich. 1998 machte er 17,4 Prozent aus und war damit erstmals überdurchschnittlich. 2010 betrug er sogar rund 31 Prozent und umfasste damit knapp ein Drittel aller deutschen Rechtsextremisten.

- **Wandel und Hegemonie der NPD:** Unter dem Bundesvorsitzenden Udo Voigt (1996-2011) wandelte sich die NPD von einer überwiegend deutschnationalen, eher systemkonform agierenden zu einer überwiegend neonazistischen, systemfeindlichen, in ideologischer und praktischer Hinsicht außerordentlich aggressiv auftretenden Partei. Im Zeichen ihrer bereits erwähnten Vier-Säulen-Strategie entwickelte sie ein betont ethnopluralistisches und kapitalismuskritisches Programm und legte in ihrer Propaganda großen Wert auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen. Strategisch konzentrierte sie sich auf die Antiglobalisierungskampagne, womit sie in Ostdeutschland mehr Anklang fand als in Westdeutschland. Bündnispolitisch bemühte sich Voigt zunehmend erfolgreich um eine Zusammenarbeit mit Personen aus den rechtsextremen Subkulturen, mit Vertretern der Kameradschaften und der "Freien Kräfte" und holte bereits 1998 führende Neonazis in den Parteivorstand. Seit 2006 traten vermehrt Neonazis in die NPD ein und übernahmen auch Parteifunktionen. Die angestrebte "Volksfront von rechts" zielte auch auf Kooperation mit den beiden anderen rechtsextremen Parteien. Wäh-

⁹ Gemessen mit einer Skala, die sich auf ein Einstellungsmuster bezieht, das folgende Dimensionen umfasst: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, chauvinistischer (exklusiver) Nationalismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus und Verharmlosung des Nationalsozialismus.

rend der Vorstand der schwächelnden Republikaner ablehnte, kam es zu Wahlabsprachen mit der organisationsschwachen aber finanzstarken DVU. Unter dem Eindruck der massenhaften Proteste gegen die Hartz-Reformen überwand die NPD unter Holger Apfel 2004 (erstmalig wieder seit 1968) die Fünf-Prozent-Hürde in einem Bundesland und zog mit 12 Abgeordneten in den sächsischen Landtag ein. Zwei Jahre später gelang das auch der NPD in Mecklenburg-Vorpommern mit ihrem Spitzenkandidaten Udo Pastörs. Dass sich die NPD zur dominanten Kraft im deutschen Rechtsextremismus entwickeln konnte, lag nicht nur an der zunächst aussichtsreich erscheinenden Doppelstrategie von parlamentsorientierter und aktionsorientierter Praxis, ihr Aufstieg wurde auch durch den Niedergang der DVU und der Republikaner begünstigt. Seit 2007 ist die relativ kleine NPD zwar die mitgliederstärkste rechtsextreme Partei in Deutschland, aber ihre Zukunftsaussichten sind - wie gleich noch zu zeigen sein wird - eher pessimistisch zu beurteilen.

2. Wie hat sich der Rechtsextremismus in Deutschland im Untersuchungszeitraum mit Blick auf seine Gewaltförmigkeit entwickelt? Wie ordnet sich die Entwicklung in Deutschland ein in die Entwicklungen in den europäischen Partnerländern?

2.1 Gewaltförmigkeit

In der alten Bundesrepublik bewegte sich die rechtsextremistische Gewalt in vergleichsweise engen Grenzen. Mit der deutschen Einigung wuchs das Gewaltpotenzial bundesweit dramatisch an. Der vulkanartige Ausbruch zumeist rassistischer Gewalt zwischen 1991 und 1993¹⁰ vollzog sich vor allem (aber nicht nur) in Ostdeutschland und stellte hinsichtlich der Brutalität und Gefährlichkeit eine neue Qualität des gewalttätigen Rechtsextremismus dar (z.B. Eberswalde 1990, Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen, Hünxe und Mölln 1992, Solingen 1993). Maßgeblich für diese Entwicklung waren folgende Ursachen:

- **Günstige Rahmenbedingungen:** Der Gewaltausbruch fand während der sehr emotional geführten Debatte über das Asylproblem statt, die mit dem umstrittenen "Asylkompromiss" des Deutschen Bundestags im Sommer 1993 ihr Ende fand. Bis dahin bildeten Ausländer und Asylbewerber in den Augen der Bevölkerung das größte Problem in der Bundesrepublik. Hinzu kamen die ökonomisch-sozialen und sozialpsychologischen Folgen der deutschen Einheit vor allem für die Ostdeutschen (u.a. Deindustrialisierung, Massenarbeitslosigkeit, Erosion so-

¹⁰ Die Gesetzesverletzungen mit erwiesener und vermuteter rechtsextremistischer Motivation versechsfachten sich von 1.848 (1990) auf 10.561 (1993), die Gewalttaten darunter versiebenfachten sich sogar von 309 auf 2.232. Nach amtlichen Angaben wurden 1991 drei, 1992 17 und 1993 sechs Todesopfer gezählt. Die Daten sind den Verfassungsschutzberichten entnommen.

zialer Bindungen, Orientierungs- und Perspektivlosigkeit, Politik- und Demokratieverdrossenheit, antiwestliche Einstellungen).

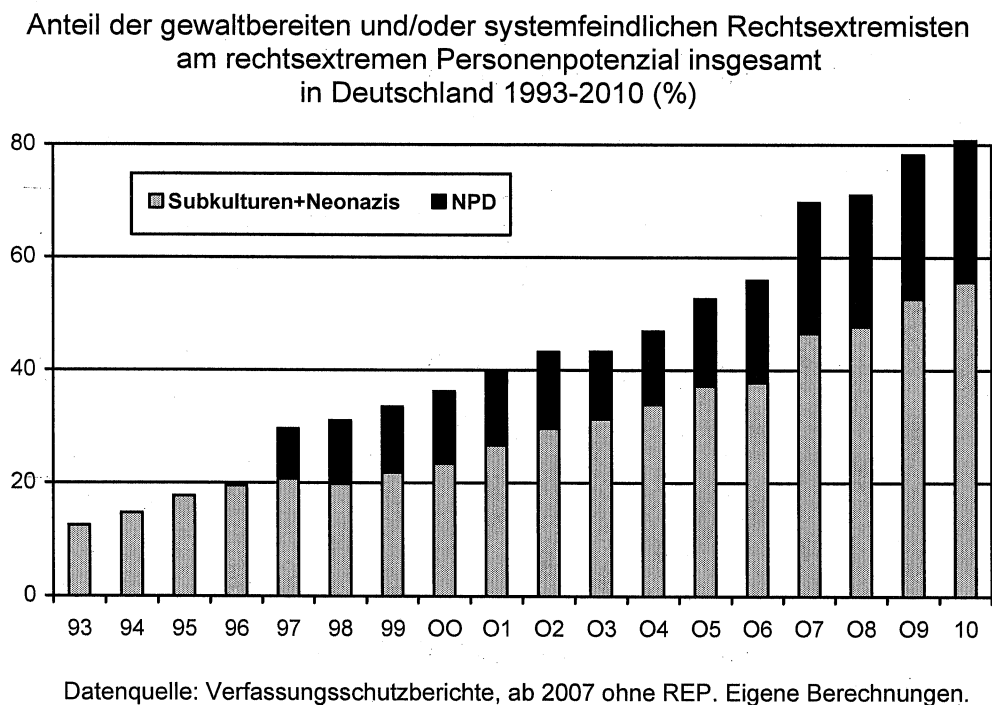
- **Besondere Aggressivität des Rechtsextremismus in Ostdeutschland:** Der ostdeutsche Rechtsextremismus bot vergleichsweise gute Voraussetzungen für die Eskalation von gewalttätigem Verhalten. Die Belastung Ostdeutschlands mit Rechtsextremisten war Anfang der neunziger Jahre zwar geringer als die des Westens. Strukturell bestand allerdings ebenfalls ein gravierender Ost-West-Unterschied: Der Anteil von Mitgliedern der rechtsextremen Subkulturen und der neonazistischen Aktionsgruppen an der Gesamtzahl der Rechtsextremisten in den fünf neuen Ländern machte 1993 36 Prozent aus, in den westlichen Bundesländern (einschl. Berlin) betrug der entsprechende Wert nur neun Prozent¹¹. Dies lag vor allem daran, dass damals die systemimmanent agierenden politischen Parteien im Osten noch kaum vertreten waren. Dort beherrschten Kräfte die Szene, die bereits in der DDR als Skinheads, Hooligans oder Neonazis Kampf- und oft auch Knasterfahrungen gemacht hatten und in den Augen ihrer westdeutschen Kameraden als besonders konflikt- und risikobereit galten. Letztere verfügten über reichhaltige praktische Kenntnisse in der Durchführung von Wehrsport- und paramilitärischen Übungen und im Umgang mit Polizei und Verfassungsschutz und leisteten nach dem Zusammenbruch des staatssozialistischen Systems der DDR ideologische und organisatorische Hilfe beim Aufbau von neonazistischen Strukturen in Ostdeutschland.
- **Überforderung des Staats:** Die verantwortlichen Politiker, die staatlichen Behörden sowie Pädagogen und Sozialarbeiter im Osten waren zumeist im Umgang mit der weithin durch Sympathien seitens der Bevölkerung begleiteten massiven Gewalt völlig überfordert. Zudem existierten damals im Osten kaum zivilgesellschaftliche Strukturen.

Nach 1993 bildete sich die Gewalt langsam wieder zurück, verblieb allerdings auf einem vergleichsweise hohen Niveau. Zu dem Rückgang dürften die Verbotsmaßnahmen gegen neonazistische Organisationen, die zunehmende Professionalität polizeilicher Exekutivmaßnahmen, Verurteilungen der Straftäter, das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt" (AgAG) der Bundesregierung (1992–1997) und nicht zuletzt die empörten Reaktionen der Öffentlichkeit beigetragen haben, die sich nach dem Brandanschlag in Solingen 1993 (bei dem zwei Erwachsene und drei Kinder den Tod fanden) noch intensivierten. Damals expandierten auch die zivilgesellschaftlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Gewalt (Lichterketten, lokale Projekte, Aktionsbündnisse etc.).

Die weitere Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ist dadurch gekennzeichnet, dass der Anteil von gewaltbereiten und/oder systemoppositionellen Personen am rechtsex-

11 Berechnet nach Angaben der Verfassungsschutzbehörden.

tremen Personenpotenzial insgesamt kontinuierlich zunahm. Betrug der Anteil subkulturell und neonazistisch orientierter Personen 1993 bundesweit noch 13 Prozent, so waren es 2010 56 Prozent¹². Rechnet man seit 1997 auch die Mitglieder der NPD hinzu, dann erhöht sich der Anteil auf sage und schreibe 82 Prozent¹³. Dieser Wert ist im Zusammenhang mit der Halbierung des rechtsextremen Personenpotenzials seit 1993 zu sehen: Da sich der Rückgang auf den Bereich der systemkonform agierenden Kräfte beschränkte, **geht die quantitative Abnahme der Anzahl der Rechtsextremisten einher mit einer qualitativen Radikalisierung des Rechtsextremismus, die mittlerweile exorbitante Ausmaße angenommen hat.**



2.2 Internationaler Vergleich

Auch wenn es überall in Europa parlamentsorientierten, aktionsorientierten und diskursorientierten Rechtsextremismus gibt, sind vergleichende Analysen für den Phänomenbereich Rechtsextremismus in den "europäischen Partnerländern" nicht möglich, da es an geeignetem Datenmaterial mangelt. Abgesehen von Österreich wird in keinem der EU15-Staaten, und schon gar nicht in den osteuropäischen EU-Staaten, so gründlich über rechtsextreme Bestrebungen informiert, wie in Deutschland. Und selbst wenn berichtet wird, bestehen große Unterschiede hinsichtlich der Qualität und der Intensität der Datenerhebungen, die auch nur in Ausnahmefällen komparativen Mindestanforderungen genügen. Bemühungen der (nicht mehr existenten) Europäischen Stelle zur

¹² In den fünf neuen Bundesländern 70 Prozent.

¹³ In den fünf neuen Bundesländern 98 Prozent.

Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC), wenigstens für ihren Beobachtungsbereich eine Vereinheitlichung vorzunehmen, waren nicht erfolgreich. Ein typischer EUMC-Befund lautete, dass die Staaten mit den besten Datenerfassungssystemen auch die höchsten Zahlen bezüglich rassistischer Gewalttaten melden. Vergleichende Untersuchungen über rechtsextreme Einstellungen liegen ebenfalls nicht vor. In einigen Studien wurden zwar einzelne States zu Fremdenfeindlichkeit (Intoleranz gegenüber Minderheiten, Ablehnung multikultureller Gesellschaften, Islamfeindlichkeit etc.) in ausgewählten europäischen Ländern abgefragt. Aussagen über die Verbreitung von latentem Rechtsextremismus sind damit allerdings nicht möglich¹⁴. Gut dokumentiert und erforscht sind dagegen die Wahlergebnisse von rechtsextremen Parteien, ihre Entwicklung und Programmatik. Deutschland zählt zu den neun von insgesamt 27 europäischen Parteiensystemen¹⁵, in denen seit 1990 keine völkisch-nationalistischen Parteien in den nationalen Parlamenten vertreten sind. Aber auch dabei gilt, dass sich die Existenz- und Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus in den europäischen Staaten wegen der jeweils besonderen historischen Entwicklungen und der speziellen wirtschaftlich-sozialen und politisch-kulturellen Gegebenheiten deutlich voneinander unterscheiden und daher nicht ohne weiteres miteinander vergleichbar sind.

3. Welche Ausgangsbedingungen begünstigen organisierten Rechtsextremismus?

3.1 Allgemeines

Hinsichtlich der Existenz- und Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus ist zwischen Nachfrage und Angebot zu unterscheiden. Erfolge stellen sich in der Regel erst dann ein, wenn Angebot und Nachfrage miteinander korrespondieren. Erklärungsfaktoren für die **Nachfrageseite** beziehen sich

- auf **Persönlichkeitsmerkmale**: v.a. Autoritarismus, dann aber auch Dogmatismus, Rigidität und Anomie;
- auf **sozioökonomische Verhältnisse**: Unzufriedenheit mit dem sozialen Status und ausgeprägter Zukunftspessimismus in Folge von nachhaltigen ökonomischen (konjunkturellen oder strukturellen) Krisen oder von tief greifenden Modernisierungsprozessen, die sich in Armut, Arbeitslosigkeit, Prekarisierung und in (drohendem) sozialem Abstieg niederschlagen;
- auf **politisch-kulturelle Verhältnisse**: Unzufriedenheit mit Parteien, Politikern oder dem demokratischen System insgesamt; weiterhin fremdenfeindliche, rassistische oder revisionistische Diskurse in Politik und Medien.

¹⁴ Siehe dazu Anm. 9.

¹⁵ EU-Staaten ohne Malta und Zypern sowie Norwegen und die Schweiz.

Die Nachfrage nach rechtsextremen Angeboten wächst dort, wo umbruchartiger gesellschaftlicher und/oder politischer Wandel Orientierungs- und Perspektivlosigkeit sowie massiven Vertrauensverlust in die bestehende Ordnung erzeugt, der sich in Protest, Verweigerung, Opposition oder gar Widerstand niederschlägt. Subtile statistische Analysen haben ergeben, dass die größte Erklärungskraft für rechtsextreme Neigungen nicht von den sozioökonomischen und auch nicht von den politisch-kulturellen Faktoren ausgeht, sondern von Persönlichkeitsmerkmalen. Sie sind hauptsächlich dafür verantwortlich, wie eine Person ihre wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Unzufriedenheiten politisch-ideologisch verarbeitet: Autoritäre Dispositionen begünstigen die Hinwendung zum Rechtsextremismus besonders stark, während demokratische Überzeugungen Rechtsextremismus effektiv abwehren.

Nun zur **Angebotsseite**: Selbst wenn in gesellschaftlichen Krisen- oder Umbruchsituationen der Problemhaushalt einer Nation dramatisch angewachsen und rechtsextreme Einstellungen weit verbreitet sind, folgt daraus noch lange nicht, dass Personen, die rechtsextrem denken, sich auch einer der möglichen Verhaltensweisen (s. oben S. 6) bedienen. Auf die Frage, wann Einstellungen in Verhalten umschlagen, wann aus latentem Rechtsextremismus manifester Rechtsextremismus wird und unter welchen Voraussetzungen welche Aktions- und Handlungsformen gewählt werden, hat die Sozialforschung bislang keine überzeugende Antwort. Unter funktionalen Gesichtspunkten lässt sich allerdings folgendes vermuten: Rechtsextreme Organisationen müssen möglichst glaubhaft den Eindruck erwecken, dass sie über Konzepte zur Bewältigung der Ängste und Probleme ihrer potenziellen Klientel verfügen. Dazu reicht es aber nicht aus, dass sie diese Probleme durch Wirklichkeitsverzerrung dramatisieren, um die bestehende Ordnung zu diskreditieren und sich selbst als rettende Alternative zu präsentieren. Sie müssen zudem **konkrete Leistungen für die individuelle Problembewältigung** anbieten, wie Orientierungshilfe, Identitätsbildung, Sinnstiftung, persönliche Anerkennung und Aufwertung, Gemeinschaftserlebnisse, Schutz und Risikobewältigung¹⁶.

Auch die **Einstiegswege in rechtsextreme Szenen** sind noch nicht systematisch erforscht. Biographische Studien und Erfahrungsberichte legen die These nahe, dass der Zugang durch eher niedragschwellige Verhaltensweisen erfolgt, vor allem durch zufällige Kontakte mit rechtsextrem gesinnten Personen oder den Besuch von Musikveranstaltungen und Szenetreffpunkten. Die Radikalisierung im Denken und Handeln hängt offenbar stark vom Ausmaß der individuellen Frustration, von Einflüssen des engeren persönlichen Umfelds und nicht zuletzt von den Gelegenheits-

¹⁶ Für rechtsextreme Wahlerfolge dürften darüber hinaus folgende Bedingungen gelten: Parteien müssen politische Kompetenz und Glaubwürdigkeit ausstrahlen, attraktive programmatische Alternativen und identifikationsfähige Ziele präsentieren, innere Geschlossenheit zeigen und organisatorische Zersplitterung vermeiden, populäre und respektable Personen in die Führungsgremien entsenden und schließlich hinreichende Publizität in den Medien erlangen.

strukturen ab. Auch über die **Voraussetzungen für die Hinwendung zum Terrorismus** lassen sich auf Grund der Erfahrungen mit dem westdeutschen Rechtsterrorismus in den siebziger Jahren nur einige Vermutungen anstellen:

- Charakteristisch für die Terroristen war damals ein enormer Hass auf die demokratische Ordnung und ihre Repräsentanten sowie eine ausgeprägte Feindbildorientierung.
- Systemimmanente Praktiken des Rechtsextremismus galten als gescheitert bzw. aussichtslos und wurden konsequent abgelehnt.
- Die Terroristen hatten vorher zumeist Erfahrungen in rechtsextremen Organisationen gemacht, sich dann aber hinsichtlich der Maßnahmen im Kampf gegen das verhasste System Schritt für Schritt radikalisiert: von Schmier- und Klebeaktionen über Geländeübungen bis hin zur systematischen Anwendung von Gewalt.
- Die Terroristen agierten in einem - allerdings kleinen - rechtsextremen Umfeld, von dem sie sich gelegentliche Hilfestellungen erwarten konnten und aus dem sie Nachwuchs zur rekrutieren hofften.
- Die Rechtsterroristen rechneten sich gewisse Erfolgchancen aus. Denn sie agierten in einem Klima, das durch den Terrorismus von links geprägt war, der die staatliche Autorität scheinbar erfolgreich erschütterte und die Strafverfolgungsbehörden als machtlos erscheinen ließ.

Ich bezweifle allerdings, dass typische Karrieremuster existieren, die gewissermaßen pfadlogisch von Einsteigern zu Gewalttätern und Terroristen führen. Schließlich handelt es sich bei der Bildung von terroristischen Gruppen trotz der verbreiteten Gewaltförmigkeit des deutschen Rechtsextremismus um Ausnahmeerscheinungen.

3.2 Gelegenheitsstrukturen für Terrorismus

Mit dem in den Sozialwissenschaften eingeföhrten Begriff "**Gelegenheitsstrukturen**" (opportunity structures) sind die ökonomisch-sozialen, politisch-kulturellen und individualpsychologischen Rahmenbedingungen gemeint, die die Erfolgsaussichten von kollektivem abweichendem Verhalten beeinflussen. Optimale Rahmenbedingungen bedeuten lediglich, dass die Wahrscheinlichkeit eines bestimmten Verhaltens zunimmt, nicht aber, dass es tatsächlich auch eintritt. Denn der Schritt hin zur Tat ist stark von individuellen Biografien und persönlichen Entscheidungen abhängig. Wohl gemerkt: Dieses Konzept ermöglicht keine Prognosen. Es trägt zur Erklärung vergangener Entwicklungen bei und schärft die Sensibilität für mögliche künftige Entwicklungen.

Folgende Ursachen lassen sich dafür benennen, dass sich nach der deutschen Einheit vor allem im Osten - und zwar zunehmend - günstige Gelegenheitsstrukturen für rechten Terrorismus herausbildeten:

- **Besondere Militanz der ostdeutschen Neonazis:** Wie erwähnt galten die Neonazis in Ostdeutschland als besonders konflikt- und risikobereit. Unter Anleitung westdeutscher Kameraden wurden nach dem Zusammenbruch der DDR schlagkräftige kleine Kadergruppen mit geschulten Aktivisten geschaffen, die durchaus in der Lage waren, für einzelne Vorhaben eine größere Anhängerschaft in den Szenen zu mobilisieren. So war ein außerordentlich gefährlicher Kern von militanten Neonazis entstanden, der durchaus den Grundstock für einen neuen Rechtsterrorismus hätte abgeben können, wäre er nicht durch staatliche Repression zerschlagen worden. Die dann einsetzenden Strategiedebatten mündeten in die Bildung von organisatorisch schwach strukturierten und sich als "autonom" verstehende Kameradschaften. Die Absicht bestand darin, den staatlichen Verfolgungsdruck zu unterlaufen. Nicht intendiert war eine Abkehr von der neonazistischen Ideologie und auch nicht - allenfalls vorübergehend, aber nicht grundsätzlich - der Verzicht auf Gewalt.
- **Kooperation von Neonazis und NPD:** Insoweit sich seit dem Ende der neunziger Jahre zunehmend Mitglieder aus den rechtsextremen Subkulturen, von Kameradschaften und "Freien Kräften" mit der NPD verbündeten, in die Partei eintraten und dort auch Funktionen übernahmen, bedeutete das nicht, dass sie damit ihre originäre Ideologie und ihre Verhaltensabsichten aufgegeben hätten. Sie wollten die NPD vielmehr in ihrem Sinne beeinflussen oder doch wenigstens ihre Ziele im Schutz und mit Hilfe der Partei verfolgen. Die NPD öffnete sich für diese Kräfte in der Hoffnung, dadurch die Basis für ihre zugleich parlaments- und aktionsorientierte Doppelstrategie zu verbreitern. Es liegen kaum Anhaltspunkte dafür vor, dass sie dadurch dämpfend auf die Neonazis einwirken wollte. Dennoch bestanden und bestehen in weiten Teilen der rechtsextremen Subkulturen und bei neonazistischen Aktionsgruppen, insbesondere bei nationalrevolutionären Neonazis, große Vorbehalte gegenüber der NPD.
- **Zunehmende Aggressivität und Systemfeindschaft des Rechtsextremismus insgesamt:** Wie bereits dargestellt (s. oben S. 12), ist der Anteil der systemfeindlichen und gewaltbereiten Rechtsextremisten am rechtsextremen Personenpotenzial bundesweit kontinuierlich gewachsen und hat mittlerweile ein enormes Ausmaß angenommen. In Folge des gescheiterten NPD-Verbotsverfahren sind die Hemmschwellen für aggressives Verhalten und fundamentaloppositionelle Bekundungen weiter gesunken. Zunehmende Militanz ist vor allem bei den "Autonomen Nationalisten" zu beobachten. Sie bilden derzeit die einzige rechtsextreme Formation mit wachsender Anhängerschaft und treten bei Demonstrationen und bei Konflikten mit politischen Gegnern besonders gewalttätig auf.

- **NPD als integrationsschwache Kleinpartei:** Betrachtet man den hier interessierenden Untersuchungszeitraum insgesamt, dann hat die NPD nur bescheidene Erfolge vorzuweisen. Sie ist trotz vereinzelter Wahlerfolge im Grunde genommen immer eine Kleinpartei mit nur verstreuter örtlicher Mitglieder- und Wählerbasis geblieben. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatte sie vier Mal so viele Mitglieder wie heute, konnte in sieben westdeutsche Landesparlamente einziehen und verfehlte bei der Bundestagswahl 1969 nur knapp die Fünf-Prozent-Hürde. Damals verfügte sie über eine enorme Integrationskraft im rechtsextremen Lager, das sie ganz auf ihre parlamentarische Strategie auszurichten vermochte. Erst in Folge ihres Zerfalls wuchs in den siebziger Jahren ein gewaltförmiger Rechtsextremismus heran, der dann auch terroristische Gruppierungen hervorbrachte. Nach 1990 betrieb die Partei nur anfänglich eine parlamentsorientierte Strategie. Unter dem Vorsitz von Udo Voigt erreichte sie zwar eine hegemoniale Position im deutschen Rechtsextremismus, aber sie war wegen ihrer Bündnis- und Sammlungspolitik zu keiner Zeit ein wirkliches Bollwerk gegen militante oder gar terroristische Strukturen, und sie wollte es wohl auch nicht sein.
- **NPD im Abwärtstrend:** Im Übrigen hat die Partei den Zenith ihrer Entwicklung längst überschritten: Die Mitgliederzahlen sind seit 2008 rückläufig, vor allem aber hat die Wählerresonanz stark nachgelassen. 2009 bzw. 2011 ist ihr zwar der Wiedereinzug in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern gelungen, aber jeweils mit deutlichen Stimmeneinbußen. Die Hoffnungen auf Parlamentssitze in Thüringen 2009 und in Sachsen-Anhalt 2011 haben sich trotz großer Anstrengungen nicht erfüllt, in Brandenburg konnte sie 2009 nicht an die Wahlerfolge der DVU von 1999 und 2004 anknüpfen, und im Saarland ist sie sogar von 4,0 Prozent (2004) auf 1,5 Prozent (2009) abgerutscht. Und bei der Bundestagswahl 2009 musste die NPD in allen für sie aussichtsreichen Bundesländern Verluste hinnehmen. Geschwächt ist die NPD zudem durch mehrere, möglicherweise existenzgefährdende Finanzaffären und durch innerparteiliche Fraktionskämpfe um die strategische Ausrichtung der Partei.
- **Islamistischer Terror im Blickfeld von Staat und Gesellschaft:** In der Öffentlichkeit könnten die sinkenden Mitgliederzahlen und die rückläufigen Wahlergebnisse des Rechtsextremismus dazu führen, dass sich die Aufmerksamkeit ihm gegenüber abschwächt und auf den islamistischen Terror konzentriert, der als wesentlich größere Gefährdung bewertet wird. Im seinem Schatten könnten - wie damals im "Deutschen Herbst" - rechtsterroristische Gruppierungen agieren und sich einige Erfolgschancen ausrechnen.

3.3 Terrorgruppe "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU)

Ausgangsbedingungen: Nach dem Zusammenbruch der DDR entstanden in Sachsen und Thüringen (wie auch in den übrigen neuen Ländern) auf Initiative oder mit Hilfe von Rechtsextremisten aus dem Westen Parteien und neonazistische Organisationen, die zunächst aber auf wenig Resonanz in der Bevölkerung stießen. Der rechtsgerichteten Protesthaltung von jungen Leuten entsprach zunächst wohl am ehesten die besonders gewaltbereite Skinheadkultur, die anfangs kaum über Beziehungen zu neonazistischen Organisationen verfügte. Infolge der erwähnten Verbotsmaßnahmen und der damit verbundenen organisatorischen Neuausrichtung verstärkte sich auch die Diskussion über Gewalt in der Neonazi-Szene, wobei zunächst (linke) politische Gegner als hauptsächliche Adressaten galten ("Anti-Antifa"). Etwa 1994 entstand die "Anti-Antifa-Ostthüringen" als Sammelbecken von Neonazis und einigen Skinheads, die zunächst auch (und bald nur noch) unter der Bezeichnung "Thüringer Heimatschutz" (THS) auftrat. Ihre Jenaer Mitglieder firmierten als "Kameradschaft Jena" und später als "Sektion Jena des THS". Die NPD und ihre Jugendorganisation JN gewannen erst seit ihrer programmatischen und strategischen Kurskorrektur unter dem Bundesvorsitzenden Voigt an Bedeutung und verzeichneten auch in Thüringen und Sachsen wachsenden Zulauf. In Sachsen verdichtete sich seit 1996 die Kooperation von NPD/JN, Kameradschaften und rechtsextremen Subkulturen, sodass die dortige NPD Ende der neunziger Jahre den bundesweit stärksten Landesverband der Partei bildete. In Thüringen intensivierten sich die Beziehungen zwischen dem THS, der NPD und den JN ebenfalls. Der THS gewann sogar erheblichen Einfluss in der NPD, die nun teilweise auch Skinheads für einzelne Aktionen mobilisieren konnte. In beiden Ländern war somit ein Kommunikationszusammenhang von systemfeindlichen und gewaltbereiten Kräften entstanden, die trotz teilweise abweichender politisch-strategischer Vorstellungen eine verschworene Gesinnungsgemeinschaft bildeten.

Einstiegsweg in die rechtsextreme Szene von Thüringen: Die drei Mitglieder des NSU zählten 1990 offenbar zunächst zu der Gruppe von Jugendlichen, die über eine eher diffuse rechtsgerichtete Protesthaltung verfügten und der Skinheadkultur zuneigten. Sie verkehrten in einem Jenaer Jugendtreff anfangs auch mit politisch Andersdenkenden, beteiligten sich dann aber auch im Sinne der "Anti-Antifa" an Aktionen gegen "Zecken", kamen in Kontakt mit aktiven Neonazis und schlossen sich 1994 - vermutlich durch ein Einfluss eines "Mentors" - mit einigen Neonazis zu einer kleinen Gruppe zusammen, die sie "Kameradschaft Jena" nannten. Sie beteiligten sich nun regelmäßig an Zusammenkünften des THS und besuchten rechtsextreme Konzerte, Kundgebungen und Feiern. Obwohl sie über enge Kontakte zu einzelnen NPD-Funktionären verfügten, liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass sie sich parteipolitisch engagieren wollten. Zwischen 1993 und 1996 - also parallel zur wachsenden Aggressivität der rechtsextremen Szene - dürfte sich ihre neonazistische Gesinnung, insbesondere der Hass auf Ausländer, verfestigt haben.

Hinwendung zum Terrorismus: Die Anmietung der Garage, die dann offenbar als Bombenwerkstatt diente, erfolgte 1996. Im September 1997 wurde auf dem Jenaer Theatervorplatz ein Koffer deponiert, der mit einem Hakenkreuz versehen war und eine Rohrbombe ohne Zünder enthielt. Und im Dezember desselben Jahres wurde ein ähnlicher Koffer vor einem Mahnmal auf einem Friedhof in Jena abgestellt. 1998 tauchten die drei NSU-Mitglieder in die Illegalität ab, 1999 begannen die Banküberfälle und 2000 setzte die Mordserie ein. Hinweise auf ihre Motive können der Propaganda- bzw. Bekenner-DVD und rekonstruierten Computer-Dateien entnommen werden. Die Formulierung "Taten statt Worte"¹⁷ deutet darauf hin, dass sie szenearinterne Gemeinschaftserlebnisse, öffentliche Kundgebungen oder die Überzeugung durch Argumente für erfolglos gehalten und als einzige angemessene Verhaltensweise konkrete Aktionen gegen das verhasste System gebilligt haben. Vielleicht haben sie sich sogar als Avantgarde verstanden, die durch erfolgreiche Aktionen zu Nachfolgetaten anregt. Mit der Hinrichtung von "Ausländern" dürfte einerseits beabsichtigt gewesen sein, unter den Immigranten ein Klima der Angst und der Einschüchterung zu erzeugen. Andererseits war offenbar auch der Staat adressiert. In einer der Festplattendateien heißt es, der NSU handle aufgrund der "Erkenntnis, nur durch wahren Kampf dem Regime und seinen Helfern entgegentreten zu können"¹⁸. In klassischer rechtsextremer Manier wurde das Feindbild also nicht nur als externe Bedrohung konstruiert sondern auch auf die einheimischen Verräter am deutschen Volk bezogen. Die terroristischen Aktivitäten dienten mithin dazu, den demokratischen Staat zu erpressen. So findet sich auf der Propaganda-DVD folgender Satz: "Solange sich keine grundlegenden Änderungen in der Politik, Presse und Meinungsfreiheit vollziehen, werden die Aktivitäten weitergeführt."¹⁹

Gelegenheitsstrukturen: Einiges spricht dafür, dass die NSU-Terroristen ihre Absichten nicht als völlig aussichtslos eingeschätzt haben. Sie fühlten sich offenbar stark genug, um den Staat zu erpressen: Auf der Propaganda-DVD machen sie sich nachgerade lustig über die Ahnungslosigkeit und Misserfolge der Ermittler und verhöhnen die staatlichen Behörden. Dass sie sich in Sicherheit gewogen haben, ließe sich auch daraus schließen, dass sie bei ihren Morden stets dieselbe Waffe benutzt und damit ihren vermeintlich unfähigen Verfolgern den Hinweis geben wollten, dass alle Taten von ein und derselben Gruppe verübt worden sind. Schließlich wird ihnen das Abtauchen in die Illegalität dadurch erleichtert worden sein, dass sie sich (nicht ganz zu unrecht) in ein Milieu integriert wähnten, das ihnen notfalls logistische Unterstützung und materielle Hilfe zukommen lässt. Angesichts ihrer maßlosen Selbstüberschätzung kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass sie sich gewissermaßen als Aktionsausschuss dieser Gesinnungsgemeinschaft verstanden.

17 Der Spiegel, 46/2011, S. 67.

18 Der Spiegel, 3/2012, S. 34.

19 Der Spiegel, 46/2011, S. 67.

4. Welche Ansätze und Konzepte sind - für Staat wie Zivilgesellschaft - beispielhaft erfolgversprechend, um für die Gefahren des Rechtsextremismus zu sensibilisieren, den Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen und den Ausstieg aus dem Rechtsextremismus zu erleichtern?

Ich werde mich bei diesem Komplex der Kürze halber auf zwei Aspekte konzentrieren. Nach einer Anmerkung zum Fundus an Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus im Allgemeinen werde ich ausgehend von der Existenzgrundlage des modernen Rechtsextremismus auf Maßnahmen hinweisen, denen derzeit hohe Priorität eingeräumt werden sollte.

- **Kein Mangel an Expertise sondern an ihrer Nutzung:** Der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist ein nahezu unübersehbares Schrifttum gewidmet, das sich auf alle Ebenen, Aspekte und Erscheinungsformen des Phänomenbereichs erstreckt: allgemeines Informationsmaterial, Argumentations- und Arbeitshilfen, Handreichungen und Handlungsempfehlungen für spezielle Problembereiche, konkrete Projektvorschläge und ausgearbeitete Unterrichtseinheiten. Das entsprechende Erfahrungswissen von Stiftungen, Bildungsstätten, Verbänden, Gewerkschaften und Kirchen ist zumeist schriftlich festgehalten, die Auswertungen und Evaluationen von Projekten der staatlichen Programme gegen Rechtsextremismus liegen vor, und die Tätigkeit von Vereinen, die professionelle Beratung für Gemeinden, Problemfälle, Opfer und Aussteiger anbieten, ist dokumentiert. Es gibt Zusammenstellungen über gute Praxis und Empfehlungen für die Weiterentwicklung und für die Verbesserung der Qualität des Engagements gegen Rechtsextremismus. Vieles ist in übersichtlichen Handbüchern systematisch aufgearbeitet und dargestellt. Da es sich beim Rechtsextremismus um ein außerordentlich komplexes Phänomen handelt, existieren **keine Königswege** zu seiner Eindämmung. Maßnahmen müssen vielmehr **passgenau auf die konkrete Situation zugeschnitten** werden. Der dafür notwendige Sachverstand ist vorhanden, er wird allerdings nur unzureichend in Anspruch genommen. Dies dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass Rechtsextremismus immer noch oft verdrängt, verharmlost oder unterschätzt wird.
- **Diskrepanz zwischen Problemwahrnehmung und Problemrealität:** Die Problemwahrnehmung von staatlichen, kommunalen und intermediären Akteuren ist weithin durch die **Extremismusformel** geprägt. Sie folgt einer auf "Weimarer Verhältnisse" fixierten Konfliktsicht. Tatsächlich handelt es sich bei der heutigen Bundesrepublik um eine stabile, auf einen breiten Verfassungskonsens gegründete Demokratie. Dieser Zustand ist unumkehrbar. Die Existenz des demokratischen Verfassungsstaats ist nicht bedroht, weder von links noch von rechts, weder von dem NSU noch von der Kommunistischen Plattform, und auch nicht vom islamistischen Terrorismus. Der moderne Rechtsextremismus wurzelt auch nicht in einem dem Links-Rechts-Schema folgenden Systemkonflikt sondern in den Herausforderungen der Globalisierung für die nationalen Industriegesellschaften. Die Extremismusformel fokussiert mithin in

anachronistischer Weise auf den Schutz einer angeblich bedrohten demokratischen Grundordnung. Sie verortet den Rechtsextremismus in einer Konfliktkonstellation, die so nicht mehr existiert, und trübt damit den Blick für die tatsächlichen Existenzgrundlagen des Rechtsextremismus und die sich daraus ergebenden Konsequenzen für seine Bekämpfung.

Die primäre Konfliktstruktur der deutschen Gesellschaft ergibt sich aus der unterschiedlichen Bewertung und Handhabung der **ökonomischen, politischen und kulturellen Globalisierungsvorgänge**. Zum einen ringen die politischen Akteure um angemessene Konzepte für die Steuerung, Koordination, Kontrolle, Gestaltung und Risikobewältigung dieser Vorgänge. Zum anderen besteht in der Bevölkerung ein breites Spektrum von Globalisierungskritikern bzw. -gegnern, die sich in Wort und Tat gegen die (befürchteten) unerwünschten Folgen wie etwa Armut, soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Fragmentierung, Marginalisierung und Ausgrenzung, Segregation, organisierte Kriminalität, Migration und ethnische bzw. religiöse Multikulturalität richten. Selbst wenn dabei fundamentaloppositionelle Strategien zum Einsatz gelangen, handelt es sich dabei **keineswegs um eine Bedrohung des demokratischen Verfassungsstaats sondern um eine Verletzung von demokratischen Werten und Normen**, derer sich Staat und Zivilgesellschaft konsequent und professionell durch angemessene Methoden der Prävention, Intervention und Repression erwehren müssen.

- **Antidiskriminierungspolitik als Leitmotiv für Prävention, Intervention und Repression:** Die durch die Globalisierung verursachten Gefährdungen bieten optimale Anknüpfungspunkte für die Antiglobalisierungskampagne des völkischen Nationalismus. Durch die Ethnisierung der sozialen Frage mobilisiert er - wie hier ausführlich dargestellt - Vorurteile und Hass gegen Immigranten, indem er an bestehende Ängste anknüpft und sie durch Wirklichkeitsverzerrung überhöht und dramatisiert um Endzeitstimmungen zu erzeugen. Kernstück dieser Ideologie ist die Legende von der ethnisch homogenen Abstammungs- und Schicksalsgemeinschaft, die angeblich allein geeignet ist, Identität und Stärke zu stiften und Sicherheit, Zusammenhalt und Wohlfahrt zu gewährleisten. Angesichts der Eskalation völkisch-nationalistischer Praxis bis hin zum Terrorismus erscheint es mir derzeit vordringlich, diese Legende durch vor allem folgende Maßnahmen zu zerstören: Anerkennung unserer Gesellschaft als Einwanderungsgesellschaft und damit ihrer ethnischen und kulturellen Vielfalt als Chance; Stärkung der interkulturellen Kompetenzen von staatlichen, kommunalen und intermediären Akteuren; Intensivierung des Opferschutzes; Verbesserung der Integrationsanstrengungen durch ein ausgewogenes Verhältnis von Fördern und Fordern.